

KPE1 Kommune heißt gemeinsam

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 18.03.2026
Tagesordnungspunkt: 2. Kommunalpolitische Erklärung

Antragstext

1 Morgens um halb sieben ist der Ort schon wach. Der Erzieher schließt die Kita
2 auf, die Busfahrerin nimmt den Handwerker mit und der Pfleger bringt das
3 Frühstück zur Patientin. Das ist Kommune – unser gemeinsames Leben. Kommune ist
4 der Gehweg, auf dem unsere Kinder zur Schule laufen. Die Bank, auf der
5 Jugendliche abends sitzen. Das Freibad, das im Sommer offen ist. Die Wohnung,
6 die unser Zuhause ist und der Bus, der auch abends kommt.

7 Wenn das Gemeinsame funktioniert, wird das Private wieder leichter. Wenn die
8 Kita gut ist, können Eltern arbeiten. Wenn der Bus fährt, bleiben wir mobil.
9 Wenn in der Innenstadt genug Bäume Schatten werfen, kann man dort leben. Wenn
10 wir eine passende Wohnung finden und wenn Verwaltung digital hilft, verlieren
11 wir nicht Stunden am Schalter.

12 Deshalb machen wir GRÜNE kommunal Politik. Gemeinsam machen wir unsere Dörfer
13 und Städte klimafest, damit Starkregen nicht zur Katastrophe wird und Sommer
14 Spaß und nicht krank macht. Wir machen sie bezahlbar, damit junge Menschen
15 ausziehen können und ältere nicht wegziehen müssen. Wir investieren in Bildung
16 und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen. Wir schaffen Räume, in denen
17 Teilhabe nicht vom Konto abhängt. Wir stehen ein für Respekt, weil Hass keinen
18 Platz haben darf. Wir fördern Kultur, weil sie das Leben reicher macht. Wir
19 arbeiten zusammen mit Vereinen, Initiativen und Betrieben. Wir hören zu,
20 diskutieren mit und suchen nach den besten Lösungen. So sorgen wir für das gute
21 Leben für alle vor Ort – gemeinsam.

22
23 Gemeinsam schützen wir, was uns schützt

24 Klimaschutz bedeutet mehr Lebensqualität. Mehr Bäume werfen mehr Schatten.
25 Begrünte Fassaden kühlen uns im Sommer. Grünflächen, Wiesen und Parks lassen den
26 Regen versickern und sind im Sommer unser Wohnzimmer. Wir wollen nicht nur
27 sonntags ins Grüne fahren. Wir wollen, dass unsere Orte grüner werden. Wir
28 müssen die Erderhitzung begrenzen. Und wir müssen uns auf die Folgen
29 vorbereiten, die längst da sind: Starkregen, Stürme, Hitze, Trockenheit.

30 Umso wichtiger ist es, vor Ort Klimaschutz und -anpassungsstrategien zu
31 erarbeiten. Das gilt für alle Landkreise und kreisfreien Städte. Wir haben
32 erreicht, dass hierfür finanzielle Mittel vom Land zur Verfügung gestellt
33 werden. Klimaschutz ist damit erstmals kommunale Pflichtaufgabe.
34 Jetzt geht es darum, diese Strategien konsequent umzusetzen: Wasser in der
35 Landschaft halten, Städte begrünen, Bäume pflanzen, Flächen entsiegeln.

36 Der klimaneutrale Umbau von Wärmeversorgung und Mobilität ist eine große
37 Herausforderung. Für uns gehört Wärme zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Fern-
38 und Nahwärme sollen von kommunalen Energieversorgern getragen werden.
39 Verlässlich, bezahlbar, in demokratischer Hand und im Interesse der Menschen vor
40 Ort.

41 Wo eine zentrale Wärmeversorgung sinnvoll ist, setzen wir uns für eine schnelle
42 und planbare Umsetzung ein. Damit nicht jede Familie allein entscheiden und
43 investieren muss. Damit das Gemeinsame entlastet. Deshalb haben wir im Land bei
44 der kommunalen Wärmeplanung auf Tempo gesetzt und die Städte und Gemeinden früh
45 und fair finanziert auf den Weg geschickt.

46 Energiewende heißt für uns auch: Beteiligung statt Belastung. Deshalb haben wir
47 GRÜNE in der Landesregierung durchgesetzt, dass Kommunen und Bürger*innen an
48 Windkraft- und großen Photovoltaik-Anlagen beteiligt werden. Pro Windrad fließen
49 so jährlich bis zu 45.000 Euro in die kommunalen Kassen – Geld, das vor Ort
50 bleibt und dem Gemeinwohl dient. Auch kommunal setzen wir uns dafür ein, dass
51 die Wertschöpfung in der Region bleibt und Menschen direkt profitieren.

52

53 Gemeinsam schaffen wir Räume zum Leben

54 Eine bezahlbare Wohnung ist die Grundlage für ein gutes Leben. Sie ermöglicht
55 jungen Menschen den Start ins eigene Leben, gibt Familien Sicherheit. Und
56 erlaubt älteren Menschen, im gewohnten Umfeld zu bleiben. Wo Menschen gut wohnen
57 können, entsteht Nachbarschaft. Wo Nachbarschaft entsteht, wächst Gemeinschaft.

58 Kommunale Flächen vergeben wir nicht nach Höchstpreis, sondern nach dem besten
59 Konzept – mit garantiert niedrigen Mieten. In neuen Quartieren sichern wir
60 mindestens 30 Prozent bezahlbaren Wohnraum. Und wir setzen auf öffentlichen
61 Wohnungsbau. Mit der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft WohnRaum
62 Niedersachsen hat Rot-Grün einen schweren Fehler früherer Privatisierungen durch
63 Schwarz-Gelb korrigiert. Für mehr bezahlbaren Wohnraum leisten auch die 400 Mio.
64 Euro, die die Landesregierung bereitgestellt hat, einen wichtigen Beitrag. Wir
65 stärken kommunale Wohnungsbaugesellschaften und öffentliche Verantwortung.
66 Wohnen soll dem Gemeinwohl dienen – nicht der Rendite.

67 Wir schützen Mieter*innen, halten Quartiere stabil und verhindern spekulativen
68 Leerstand. Dazu gehören auch die Umsetzung der Mietpreisbremse oder die
69 Ausweisung von Milieuschutzgebieten. Wohnungen gehören genutzt, nicht gehortet.
70 Wir lassen Menschen nicht allein und bringen Mieterschutz ins Bürgerbüro, mit
71 Starke-Mieter*innen-Stellen in Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt.

72 Wir entwickeln Quartiere weiter: mit kleineren Wohnungen für ältere Menschen im
73 vertrauten Umfeld, mit Wohnheimen für Studierende und Auszubildende, mit
74 Lösungen gegen Obdachlosigkeit. Housing First zeigt, dass ein Neuanfang möglich
75 ist. Gleichzeitig schaffen wir neuen Wohnraum – klug und flächensparend. Wir
76 stärken Ortskerne, nutzen Bestände besser und bauen so, dass Landschaft erhalten
77 bleibt und Gemeinschaft wächst.

78 Stadt- und Bauleitplanung ist zentraler Teil der kommunalen Selbstverwaltung und
79 muss auch weiterhin unter intensiver Beteiligung der Bürger*innen von den Stadt-
80 und Gemeinderäten entschieden werden. Die von Schwarz-Rot im Bund geschaffene
81 Möglichkeit, außerhalb bestehender Baugebiete ohne Bebauungsplan zu bauen,
82 lehnen wir ab. Wir wollen keinen städtebaulichen Wildwuchs nach dem Gusto
83 einzelner Investor*innen.

84

85 Gemeinsam verbinden wir Wege und Menschen

86 Mobilität bedeutet Freiheit. Sie entscheidet darüber, ob wir zur Arbeit kommen,
87 Freund*innen treffen, einkaufen oder ins Schwimmbad fahren können. Und sie

88 entscheidet darüber, wie lebendig ein Ort ist. Wir gestalten Dörfer und Städte
89 mit sicheren, kurzen Wegen und einem starken öffentlichen Nahverkehr. Mit Wegen,
90 auf denen Kinderwagen, Rollstühle und Fahrräder selbstverständlich Platz haben.

91 Das Deutschland-Ticket hat den ÖPNV einfacher und bezahlbarer gemacht. Jetzt
92 geht es darum, Angebote vor Ort zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen.
93 Besonders im ländlichen Raum ist Verlässlichkeit entscheidend. Die von Rot-Grün
94 eingeführte Vergünstigung für Auszubildende und Freiwilligendienstleistende
95 stärkt junge Menschen insbesondere auf dem Land. Wir setzen uns dafür ein, dass
96 junge Menschen vergünstigte Angebote bekommen, um mobil zu sein, beispielsweise
97 durch ein Schüler*innen-Deutschlandticket.

98 Wir setzen auf Tempo 30 innerorts – vor allem auf Schulwegen, vor Kitas, Schulen
99 und Pflegeeinrichtungen. Weniger Lärm, mehr Sicherheit, mehr Lebensqualität. Im
100 ländlichen Raum bleibt das Auto wichtig. Aber auch hier gilt: die Zukunft ist
101 elektrisch. Deshalb treiben wir den Ausbau der Ladeinfrastruktur voran –
102 gemeinsam mit Handel, Arbeitgebern und Gastronomie. Parkflächen sollen mit
103 Ladepunkten ausgestattet werden. Öffentliche Ladepunkte ermöglichen den Umstieg
104 auch ohne eigene Wallbox.

105 Gemeinsam eröffnen wir Bildung und Chancen

106 Kinder, die morgens neugierig in die Kita gehen. Schüler*innen, die im Ganztags
107 lernen, spielen, essen und Freundschaften schließen. Eltern, die wissen: mein
108 Kind bekommt hier alle Chancen. So entsteht Zukunft im eigenen Ort. Bildung
109 beginnt früh und entscheidet über Lebenschancen. Deshalb investieren wir in gute
110 Kitas, moderne Schulen und eine verlässliche Bildungsplanung vor Ort. Als GRÜNE
111 sorgen wir im Land für mehr Lehrkräfte, mehr Schulsozialarbeit, mehr Ressourcen
112 und Freiräume. Damit Kinder besser lernen und wachsen können.

113 Dafür haben wir die Mittel für Kitas deutlich erhöht und verlässlichere
114 Planungsgrundlagen geschaffen. Mehr Ausbildungsplätze für Erzieher*innen, der
115 Quereinstieg und berufsbegleitende Fortbildungsmaßnahmen wurden gestärkt sowie
116 mehr Flexibilität beim Personaleinsatz ermöglicht. Wir setzen uns dafür ein,
117 mehr Verlässlichkeit zu schaffen, die Sprachförderung weiter zu stärken und
118 insgesamt gute Rahmenbedingungen für eine gute Kinderbetreuung zu schaffen.
119 Daher wollen wir eine nachhaltige Kita-Entwicklungsplanung: bei zukünftig
120 voraussichtlich sinkenden Kinderzahlen möchten wir die Mittel im System
121 behalten, um freiwerdende Ressourcen gezielt für mehr Qualität einsetzen zu
122 können.

123 Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern ab 2026 ist eine
124 große Chance. Wir wollen Ganztagschulen, die pädagogisch eingebettet und damit
125 mehr als ein Betreuungsangebot am Nachmittag sind. Denn Ganztags heißt: mehr Zeit
126 zum Lernen, mehr Raum für Förderung, mehr Gemeinschaft. Dazu gehört
127 selbstverständlich gutes Schulesen.

128 Gutes Lernen erfordert Ressourcen und gerechte Chancen. Wir haben in den
129 vergangenen Jahren in Niedersachsen die Bildungsausgaben deutlich erhöht, für
130 eine gerechtere Besoldung gesorgt sowie mehr als 3.800 zusätzliche Stellen für
131 Lehrkräfte geschaffen und damit trotz steigender Schüler*innenzahlen und
132 Aufgaben die Unterrichtsversorgung stabilisiert. Mit dem Startchancenprogramm
133 werden gezielt Schulen mit besonderen Herausforderungen beispielsweise durch
134 mehr Schulsozialarbeit gefördert. An den Grundschulen gibt es jetzt mit der

135 „Sicheren Basis“ eine zusätzliche Lernzeit, um gezielt Basisqualifikationen in
136 Mathe und Deutsch zu fördern. Diesen Weg wollen wir gezielt fortsetzen, um für
137 alle jungen Menschen gute Bedingungen zu gestalten. Hierzu ist es wichtig, die
138 Mittel des Sondervermögens insbesondere auch für Investitionen in die
139 Bildungsinfrastruktur zu nutzen. Die Sanierung von Kitas und Schulen ist
140 elementar, damit gute Bildung Zukunft hat.

141 Moderne Bildung braucht moderne Ausstattung. Deshalb stellen wir sicher, dass
142 Schulen gut ausgestattet sind – mit zeitgemäßer IT, funktionierender
143 Infrastruktur und verlässlichem Support. Dass alle Schüler*innen ein kostenloses
144 digitales Endgerät vom Land bekommen, ist ein wichtiger Beitrag zu gerechten
145 Chancen. Denn es darf nicht der Geldbeutel der Eltern darüber entscheiden, um
146 Schüler*innen Zugang zu digitalem Lernen bekommen. Wir sorgen vor Ort dafür,
147 dass diese Geräte auch sinnvoll genutzt werden können.

148 Gemeinsam bleiben wir gesund und sicher versorgt

149 Ein gutes Leben in unseren Kommunen entscheidet sich auch daran, wie schnell wir
150 im Notfall Hilfe finden und wie wir versorgt werden, wenn wir älter werden.
151 Gesundheit ist keine Ware, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.
152 Besonders im ländlichen Raum, von der Nordseeküste bis in den Harz, wollen wir
153 eine medizinische Versorgung, die nah bei den Menschen bleibt.

154 Wo klassische Arztpraxen fehlen, gehen wir neue Wege: Wir stärken die
155 Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen und fördern den Ausbau von Telemedizin,
156 Regionalen Gesundheitszentren (RGZ) und kommunalen Medizinischen
157 Versorgungszentren (MVZ). Hier arbeiten Haus- und Fachärzt*innen Hand in Hand
158 mit Therapieberufen unter einem Dach – oft ergänzt durch Cafés oder Bürgerbüros,
159 um die Ortskerne lebendig zu halten. Um die wohnortnahe Versorgung auf ein neues
160 Fundament zu stellen, setzen wir auf moderne, multiprofessionelle Teams. Neben
161 der klassischen ärztlichen Behandlung integrieren wir gezielt neue
162 Gesundheitsberufe wie Pflegeexpertinnen und Gemeindenotfallsanitäter und
163 schaffen damit niedrigschwellige Angebote vor Ort in den Gemeinden.

164 Gute Pflege braucht Gemeinschaft. Die meisten Menschen in unseren Dörfern und
165 Städten möchten so lange wie möglich in ihrem vertrauten Umfeld bleiben. Wir
166 fördern innovative Wohnformen wie ambulant betreute Wohngemeinschaften und
167 investieren in die Barrierefreiheit unserer Quartiere, damit Einsamkeit im Alter
168 verhindert wird. Durch den Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen und lokalen
169 Entlastungsangeboten schaffen wir die nötigen Freiräume für pflegende An- und
170 Zugehörige.

171 Eine bedarfsgerechte medizinische und pflegerische Versorgung stärkt unsere
172 Kommunen – wir sorgen dafür, dass sie auch auf dem Land stabil bleibt.

173

174 Gemeinsam halten wir Respekt und Demokratie lebendig

175 Der Zusammenhalt ist am stärksten, wenn alle mitmachen. Teilhabe am kommunalen
176 Leben darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Schon gar nicht bei Kindern. Deshalb
177 stehen wir für die Unterstützung von Menschen mit geringem Einkommen, etwa durch
178 Vergünstigungen im ÖPNV, fürs Schwimmbad, dem Theater oder der Bücherei. Bei uns
179 können alle mitmachen.

180 Gleichzeitig sehen wir: Hass und Hetze nehmen in vielen Kommunen zu – bis hin zu
181 politisch motivierter Gewalt. Jüdinnen und Juden, queere Menschen, Musliminnen
182 und Muslime, Engagierte im Ehrenamt werden bedroht und angegriffen. Dem treten
183 wir entgegen. Jede Tat muss konsequent verfolgt werden. Starke kommunale
184 Gemeinschaften sind das beste Mittel gegen Hass und Gewalt. Wir unterstützen
185 Projekte und Initiativen, die sich für ein respektvolles Miteinander einsetzen.
186 Wir stehen für den Schulterschluss aller Demokrat*innen: Angriffe auf
187 Kommunalpolitiker*innen sind Angriffe auf unsere Demokratie.

188 Sicherheit ist ein wesentlicher Aspekt von Stadtentwicklung. Es gibt öffentliche
189 Orte, an denen sich insbesondere Frauen unsicher fühlen – schlecht beleuchtete
190 Wege, Parks oder Unterführungen. Wir setzen uns dafür ein, Stadtentwicklung
191 stärker aus der Perspektive und entlang der Bedürfnisse von Frauen zu denken.
192 Doch der gefährlichste Ort für Frauen ist das eigene Zuhause. Jede Frau, die von
193 häuslicher Gewalt betroffen ist, muss Zugang zu Schutz und Unterstützung
194 erhalten. Wir schaffen vor Ort Schutzräume in Frauenhäusern. Darüber hinaus
195 müssen wir aber auch deutlich die Täter benennen: Gewalt im öffentlichen und
196 privaten Raum geht in aller Regel von Männern aus. Hier braucht es mehr
197 präventive Maßnahmen, damit es gar nicht erst zu unsicheren Situationen bis hin
198 zu körperlicher oder psychischer Gewalt kommt - egal ob in der Öffentlichkeit
199 oder im eigenen Zuhause. Das funktioniert vor allem mit flächendeckenden
200 Aufklärungs- und Beratungsangeboten.

201 Demokratie lebt von Beteiligung. Dafür bedarf es nicht nur einer Stärkung der
202 kommunalen Räte, sondern auch mehr Möglichkeiten der direkten Mitgestaltung der
203 Menschen vor Ort. Wir setzen uns für eine Politik des Gehörtwerdens ein. Wir
204 setzen auf neue Formen der Beteiligung wie die Einrichtung von
205 Bürger*innenräten, um gezielt Menschen mit in Prozesse einzubeziehen, die sonst
206 nicht den Weg in eine Bürgerfragestunde des Gemeinderats finden. Insbesondere
207 wollen wir die Beteiligung von jungen Menschen stärken, von Fragen der
208 Spielplatzgestaltung bis zur Stadtentwicklung. Denn Demokratie muss nicht nur
209 gelernt, sondern auch gelebt werden.

210
211 Gemeinsam machen wir Verwaltung verlässlich

212 Eine moderne Verwaltung versteht sich als Partnerin der Bürger*innen. Sie
213 unterstützt aktiv, kommuniziert verständlich und handelt serviceorientiert.
214 Verwaltungsangebote sollen barrierefrei, digital und analog zugänglich sein.
215 Digitalisierung ist dabei ein wichtiges Werkzeug. Wir setzen auf
216 nutzerfreundliche Online-Angebote, die bundesweit kompatibel sind. Dazu gehört
217 auch eine einheitliche Identifizierungslösung. Statt Daten immer wieder neu
218 abzufragen, wollen wir – selbstverständlich nur mit Zustimmung – den Austausch
219 zwischen Behörden verbessern. Alle kommunalen Leistungen sollen für die
220 Bürger*innen über eine Stadt- oder Gemeinde-App einfach abrufbar sein.

221 Auch auf kommunaler Ebene setzen wir uns dafür ein, Verwaltungs- und
222 Genehmigungsverfahren durch moderne Register und einen umfassenden digitalen
223 Austausch zwischen den verschiedenen Fachabteilungen der Verwaltung und mit
224 anderen Behörden zu beschleunigen.

225 Gleichzeitig zeigt die Abhängigkeit von großen, häufig US-amerikanischen Tech-
226 Konzernen: Verwaltung muss digital souveräner werden. Wo immer möglich, setzen
227 wir auf offene, europäische und kommunenübergreifende Open-Source-Lösungen. Klar

228 ist für uns aber, dass der Bund zügig die Kommunen und Länder hierbei
229 unterstützen muss, damit nicht jede Kommune aus der Not heraus eine eigene
230 Lösung für sich bauen muss.

231

232 Gemeinsam sichern wir das Fundament der Kommunen

233 Ob die Kita genug Plätze hat, das Schwimmbad offen bleibt oder die Brücke nicht
234 zur Dauerbaustelle wird entscheidet am Ende oft nicht der gute Wille, sondern
235 die Kassenlage. Wenn Kommunen sparen müssen, wird das Gemeinsame dünn.

236 Damit Städte, Gemeinden und Landkreise handlungsfähig bleiben und in die Zukunft
237 investieren können, brauchen sie eine solide finanzielle Grundlage. Doch
238 vielerorts fehlt genau das Geld, das nötig ist. Viele Kommunen stehen unter
239 Druck. Bei Kitas, Schulen, Krankenhäusern, Radwegen, Brücken und der
240 öffentlichen Infrastruktur insgesamt.

241 Damit endlich mehr Investitionen möglich sind, haben wir GRÜNE mit dafür
242 gesorgt, dass 2025 das Sondervermögen und die Reform der Schuldenbremse auf den
243 Weg gebracht wurde. Jetzt geht es darum, dass diese Mittel auch vor Ort
244 ankommen. Diese Milliarden müssen in die Zukunft des Landes investiert und
245 dürfen nicht für Wahlgeschenke oder Haushaltslücken der Bundesregierung
246 zweckentfremdet werden. Wir GRÜNE haben im Land gegengesteuert: mit höheren
247 Mitteln im kommunalen Finanzausgleich, einem kommunalen Investitionspaket,
248 zusätzlichen Geldern für die Kitas und einer deutlich erhöhten Investitionsquote
249 im Landeshaushalt. Das wirkt vor Ort. Dort, wo Menschen es jeden Tag spüren.

250 Trotzdem bleibt das Grundproblem: Kommunen sind strukturell unterfinanziert. Das
251 muss der Bund ändern, damit nicht weiter an den falschen Stellen gekürzt wird.

252 Darum fordern wir:

- 253 • die vollständige Übernahme der Kosten für Aufgaben, die der Bund per
254 Gesetz vorgibt,
- 255 • deutlich mehr Bundesmittel für den Rechtsanspruch auf Ganztage im
256 Grundschulalter,
- 257 • eine spürbare, strukturelle Verbesserung der kommunalen Einnahmen – zum
258 Beispiel durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer,
- 259 • eine Gemeinschaftsaufgabe „kommunaler Klimaschutz“, damit der Bund sich
260 an den Kosten beteiligt, wenn Städte und Gemeinden klimaresilient umgebaut
261 werden.

262 Wir lassen dabei nicht gelten, dass der Bund sich heraus redet, er hätte kein
263 Geld und könnte die Kommunen nicht unterstützen. Geld in Deutschland ist extrem
264 ungleich verteilt. Wir wollen Vermögen gerecht besteuern, damit wir uns vor Ort
265 starke Städte und Gemeinden leisten können.

266 Gemeinsam wird Zukunft möglich

267 Morgens um halb sieben merken wir schon, ob das Leben vor Ort funktioniert. Ob
268 die Kita offen ist oder der Bus fährt. Ob wir unsere Kinder mit dem Fahrrad
269 sorgenfrei zur Schule fahren lassen können. Ob das funktioniert, ist kein
270 Zufall. Es ist das Ergebnis politischer Entscheidungen vor Ort. Eine starke

271 Gesellschaft wächst von unten. Dort, wo Menschen Verantwortung übernehmen. Wo
272 wir Infrastruktur nicht kaputtsparen, sondern erhalten. Wo wir Zukunft nicht
273 verschieben, sondern gestalten.

274 Wir GRÜNE stehen für diese Haltung. Wir investieren in das, was uns trägt. Wir
275 schützen, was uns schützt. Wir bauen, was Zusammenhalt stärkt. Wir sorgen dafür,
276 dass auch kommende Generationen hier gut leben können. Wenn das Gemeinsame stark
277 ist, wächst Vertrauen.

278 Wenn Vertrauen wächst, bleibt Demokratie lebendig. Und wenn Demokratie lebendig
279 bleibt, hat Zukunft eine Chance. Dafür braucht es starke GRÜNE bei der
280 Kommunalwahl 2026 in Niedersachsen.